

Der Bologna-Prozess als Motor der Hochschulreformen

Johann W. Gerlach

Einleitung

Die wachsende hochschulpolitische Annäherung zwischen Russland und Deutschland, ja die begonnene Integration des russischen Hochschulsystems in den europäischen Hochschulraum wird allein schon aus dem Thema dieser wissenschaftlichen Veranstaltung deutlich. Russland ist inzwischen auch förmlich dem Bologna-Prozess beigetreten, wiewohl dabei zwischen dem erklärten staatlichen Willen und der realen Entwicklung in den Hochschulen zu unterscheiden bleibt, von und in denen vielfach Vorbehalte vor allem gegen die Einführung des kürzeren Bachelor-Studiengangs (BA) bestehen. Das ist aber auch in anderen Ländern und Hochschulen Europas nicht völlig anders, wenngleich die Entwicklung hier schon seit einiger Zeit durch bindende staatliche Vorgaben und laufende praktische Umsetzungen in den Hochschulen eindeutig in die Richtung des Bologna-Prozesses geht.

Die hochschulpolitische Annäherung zwischen Russland und Deutschland kann ich auch mit meinen eigenen Erfahrungen belegen. Als früherer Präsident der Freien Universität Berlin habe ich nach dem Fall der Berliner Mauer und der damit endenden politischen Trennung in Europa dazu beitragen können, dass meine Universität und die Lomonossow-Universität ein Kooperationsabkommen abgeschlossen haben, das in der Praxis allerdings intensiver sein könnte. In diesem Zusammenhang – und ebenso auf Grund von Vereinbarungen mit verschiedenen Instituten der Akademie der Wissenschaften – war ich wiederholt in Moskau und dabei Gast des Rektors der Lomonossow-Universität, den ich auch zu Gegenbesuchen in Berlin empfangen konnte. Wir beide haben zudem vor einiger Zeit bei einer Feier in der Universität Istanbul gemeinsam die Ehrendoktorwürde verliehen erhalten. Unter diesen Umständen und vor allem mit Blick auf die treue Gemeinde der deutschen Absolventen und Freunde der Lomonossow-Universität bedauere ich es natürlich sehr, dass deren Rektor nicht persönlich anwesend ist. Gerade weil er bekanntlich kein Freund des Bologna-Prozesses ist, hätten seine Argumente und mögliche Gegenargumente die Diskussion produktiv zuspitzen und damit vielleicht für beide Seiten zu besseren Einsichten führen können.

Mit dem Fall der Berliner Mauer endete die bis dahin herrschende Ausgrenzung der Freien Universität Berlin im Westteil der Stadt von partnerschaftlichen Verbindungen mit den großen und bedeutenden Universitäten in anderen östlichen Hauptstädten, so dass umgehend Kooperationsvereinbarungen mit den Uni-

versitäten in Prag, Budapest und Warschau abgeschlossen werden konnten. Das war bis dahin der Humboldt-Universität im Ostteil Berlins vorbehalten, die inzwischen mit der Freien Universität in einer überwiegend produktiven Beziehung von Wettbewerb und Kooperation steht. Vor dieser „Wende“ hatte die Freie Universität nur durch glückliche politische Fügung eine sehr enge Partnerschaft mit einer anderen bedeutenden russischen Universität, und zwar mit der Staatlichen Universität St. Petersburg (vormals Leningrad); diese Partnerschaft hat zu einem sehr intensiven wissenschaftlichen und studentischen Austausch geführt.

In den letzten Jahren konnte ich die Veränderungen im russischen Hochschulsystem auch bei einer Konferenz in Moskau beobachten und bei einer institutionellen Evaluierung der Universität Kaliningrad konkret erfahren. Außerdem bin ich seit einiger Zeit im Vorstand des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und in Gremien der European University Association (EUA) zur Qualitätssicherung und Evaluierung tätig. Dadurch kenne ich die Entwicklung des Hochschulwesens in Europa, aber auch in anderen Teilen der Welt. Deshalb werde ich mich in meinen Ausführungen auch auf die internationale, vor allem auf die europäische Dimension mit einigen grundsätzlichen Fragen konzentrieren.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den verschiedenen Hochschulsystemen

a) Hier lässt sich zunächst eine grundsätzliche Gemeinsamkeit zwischen den Hochschulsystemen in Deutschland (ähnlich wie in den anderen westlichen Ländern des europäischen Kontinents) und Russland feststellen: Beide Länder haben ein durch Geschichte und Staatsverständnis geprägtes Hochschulsystem, in dem die staatlichen Hochschulen dominieren und der Staat durch Gesetzgebung, Verwaltung und Finanzierung die leitende Verantwortung hat. Trotz dieser staatlichen Vorherrschaft haben die Hochschulen eine – allerdings unterschiedliche große – Autonomie. Die Entwicklung in Europa – und die Länder in Kontinentaleuropa haben dabei einen Rückstand – geht inzwischen hin zu mehr Autonomie, weil und damit die Hochschulen mehr Selbstverantwortung tragen können und sollen. Das ist zugleich mit der Aufgabe verbunden, dass sie ihre Stärken und Schwächen analysieren und sich dafür evaluieren wie evaluieren lassen, um – schon wegen der unzureichenden Finanzierung – Schwerpunkte zu bilden und über ihre Prioritäten wie Posterioritäten zu entscheiden.

Dieser Prozess wird zu einer stärkeren Differenzierung zwischen und in den Hochschulen führen und damit die Vorstellung beenden, dass alle Universitäten und Fakultäten grundsätzlich gleichwertig und gleich zu behandeln seien. Diese Entwicklung wird in Deutschland durch das aktuell diskutierte Exzellenz-Programm zur Förderung von Elite-Universitäten verstärkt. Eine gleichgeartete Behandlung und Förderung aller Hochschulen ungeachtet ihrer qualitativen Unterschiede führt letztlich zu einer gleich mäßigen und damit überwiegend

durchschnittlichen Struktur. Schon die Verteilung der Forschungsmittel durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) im Wettbewerb von vielen Antragsstellern zeigt, dass der weitaus größte Teil der Mittel an eine relativ kleine Zahl von Universitäten geht. Darin liegt eine Differenzierung nach dem Leistungsvermögen in der Forschung und den damit zugleich eng verbundenen Aufgaben in Lehre und Studium. Das soll und darf aber nicht dazu führen, dass die anderen Hochschulen an Qualität verlieren und „schlecht“ werden, wie das tendenziell vor allem in den USA der Fall ist. Exzellente Forschungsuniversitäten lassen zwar die anderen Hochschulen hinter sich, die aber bei ihren Aufgaben in Lehre und Studium, auch wenn nur zu einem Teil mit Forschung verbunden, gute Qualität leisten können und sollen. Es ist vor allem Aufgabe des Staates, für exzellente Universitäten zusätzlich Fördermittel bereit zu stellen und nicht etwa die Mittel der anderen Universitäten dafür in Anspruch zu nehmen; denn sonst würde in der Tat die Förderung exzellenter Universitäten zwangsläufig zu Lasten der anderen Hochschulen gehen.

Diese Differenzierung gibt es ebenso im russischen Hochschulsystem, das dabei noch das Problem hat, dass die Forschung zu großen Teilen in den Instituten der Akademie der Wissenschaften konzentriert ist. In der Frage der Autonomie bestehen aber auch Unterschiede. Einerseits haben die Universitäten in Russland das Recht, nach ihren Kriterien die Studierenden auszuwählen – was in Deutschland erst seit kurzem und nur zu einem Teil möglich ist. Andererseits gibt es eine sehr starke zentralstaatliche Aufsicht mit vielen Vorgaben bis hin zu den Curricula – während in Deutschland die gegenteilige Entwicklung vorherrscht, der Staat seine Aufsicht zurücknimmt und vor allem bei den neuen Studiengängen im Zuge des Bologna-Prozesses mehr Eigenständigkeit der Hochschulen zulässt und die inhaltliche Kontrolle weitgehend einem unabhängigen Akkreditierungssystem überlässt.

b) Mit der dominierenden Rolle der staatlichen Hochschulen ist zugleich eine geringere Bedeutung der privaten Hochschulen verbunden. Das ist in allen Ländern festzustellen, in denen das staatliche Hochschulsystem einigermaßen funktioniert und hinreichende Studienplätze ohne hohe Studiengebühren bereitstellt – wie das in westlichen Ländern des europäischen Kontinents überwiegend der Fall ist. Deshalb beschränken sich die privaten Hochschulen in Deutschland – bis auf wenige Ausnahmen – auf „Nischen“ in denjenigen Fächern, die weniger kosten und relativ gute Berufsperspektiven bieten, vor allem also in Wirtschaftswissenschaft, Rechtswissenschaft, Theoretischer Informatik usw.

Der Vorteil für die Studierenden besteht darin, dass sie in relativ kleinen Gruppen eine gute Betreuung bei Lehre und Studium erhalten, wofür sie aber teure Studiengebühren bezahlen müssen. Forschung, gar in Breite und Tiefe, gibt es nur in einzelnen privaten Hochschulen, weil die Kosten dafür nicht durch die Studiengebühren zu decken sind, die die wesentliche Einnahmequelle darstellen. Dass überhaupt eine gewisse Zahl von Studierenden und deren Eltern private Hoch-

schulen bevorzugen und dafür Studiengebühren bezahlen, liegt daran, dass die staatlichen Hochschulen gerade in den betreffenden Fächern überlastet sind, weil die Zahl des Lehrpersonals in keinem angemessenen Verhältnis mehr zur Zahl der Studierenden steht. Insoweit hat das deutsche Hochschulsystem in Folge staatlicher Vorgaben die Tore zur Zulassung von Studierenden weit geöffnet und gleichzeitig das Lehrpersonal nicht entsprechend erhöht. Das geht im Ergebnis zu Lasten der dort Studierenden, vor allem zu Lasten derjenigen, die eine bessere Betreuung zum Studienerfolg benötigen. Hohe Abbruchquoten, sogenannte drop outs von Studierenden ohne Abschluss, sind die negative Folge solcher „Massenverhältnisse“, wobei aber auch die besseren Studierenden nicht entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit gefördert werden. Das ist in den meisten Ländern des westeuropäischen Kontinents üblich geworden, wobei aber in den letzten Jahren ein Umdenken von der einseitig geförderten Quantität zu mehr Bedeutung der Qualität festzustellen ist. Die weniger nachgefragten und deshalb nicht überlasteten Studiengänge in den Natur- und Ingenieurwissenschaften haben bessere Betreuungsverhältnisse und deshalb größere Studienerfolge mit entsprechender Qualität bewahrt.

Das ist bei den staatlichen Universitäten in Russland noch anders, die nicht solche „Massenverhältnisse“ zugelassen haben, auch wenn sie inzwischen zusätzliche Studienplätze gegen hohe Studiengebühren anbieten. Wegen der allgemein wachsenden Studiennachfrage führt das aber zwangsläufig in Russland wie in den anderen östlichen Ländern Europas zu immer mehr privaten Hochschulen, bei denen die Qualitätskontrolle eine besondere staatliche Aufgabe ist. Eine frühere Konferenz der Alumni der Lomonossow-Universität (vgl. LOMONOSSOW, DAMU-Hefte 3/2004) hat sich bereits mit einem Vergleich der privaten Hochschulen in unseren beiden Ländern beschäftigt.

Die Begrenzung der Zulassung zum Studium in den staatlichen Universitäten Russlands steht in Verbindung mit dem dort nach wie vor hohen Qualitätsbewusstsein. Die inzwischen auch größere Zahl von Zulassungen korreliert mit einem entsprechenden Ausbau der Universitäten, die aber für die dazu nötigen Mittel bis hin zur angemessenen Bezahlung der Professoren auf zusätzliche Einnahmen durch Studiengebühren und durch die Einwerbung von Forschungsmitteln angewiesen sind. Allerdings gibt es dabei auch beachtliche Unterschiede zwischen der finanziellen Lage der Lomonossow-Universität, der Staatlichen Universität St. Petersburg und einigen Technischen Universitäten einerseits und den übrigen Hochschulen andererseits. Dieses Qualitätsbewusstsein in den erstklassigen russischen Universitäten, zu denen auch einige private Universitäten gehören, mag die noch vorherrschenden Vorbehalte gegenüber den Veränderungen durch den Bologna-Prozess im europäischen Hochschulraum erklären, vor allem was den kürzeren BA-Studiengang betrifft. Aber die Einführung eines Systems von konsekutiven Studiengängen mit Bachelor und Master (BA und MA) muss nicht zwangsläufig zu Lasten der Qualität und der akademischen Bildung

gehen, jedenfalls wenn man den Übergang vom BA zum MA offen hält und den besseren Studierenden auch den Weg zur Promotion freigibt. Dazu wird anschließend noch mehr zu sagen sein.

Der europäische Hochschulraum im Zuge des Bologna-Prozesses

a) Die im Programm der Veranstaltung aufgeführten Fragen und Stichworte kennzeichnen einerseits die anstehenden Aufgaben und Probleme bei unserem Thema und tendieren andererseits zu einer skeptischen Sicht, indem sie auf die möglichen Gefahren und Nachteile als auf die möglichen Chancen und Vorteile fokussieren: Ist der Bologna-Prozess zum Wohl oder Übel für unsere Universitäten? Bedeuten gestufte Studiengänge einen Abschied vom Diplom? Droht mit der größeren studentischen Mobilität in Europa ein neuer brain drain? Elite- oder Massenuniversitäten? Welche Hochschulen braucht der europäische Hochschulraum? Wie weit geht die Harmonisierung der Hochschulbildung in Europa?

Der Bologna-Prozess soll zu einem gemeinsamen europäischen Hochschulraum führen und hat insoweit zweifellos ein positives Ziel, denn die bisherige nationale Vielfalt hat zu unübersichtlichen und unvergleichbaren Strukturen bei Studiengängen, -inhalten und -abschlüssen geführt und sollte deshalb im europäischen Gesamtinteresse überwunden werden. Europa muss sich stärker verbinden und angleichen, um vor allem im Wettbewerb mit den angelsächsischen Ländern, insbesondere den USA, eine einheitliche Kraft entfalten zu können. Dabei ist nach Beschluss der Folgekonferenz von Berlin im Jahr 2003 auch die Forschung einbezogen worden, was überfällig war; denn die bis dahin nur auf Studium und Lehre bezogene Veränderung ignorierte die jedenfalls für wirkliche Universitäten notwendige innere Verbindung von Forschung, Lehre und Studium.

Treibende Kraft bei diesem inzwischen von über 40 Ländern getragenen Prozess ist die Europäische Union mit dem gemeinsamen Markt, der den freien Verkehr von Produkten, Dienstleistungen und Personen garantiert. Dafür sollen – und müssen – auch die universitären Abschlüsse wie alle beruflichen Qualifikationen eine verlässlich vergleichbare Qualität aufweisen. Eine besondere Qualitätssicherung, vor allem durch Akkreditierung, soll entsprechende Strukturen bei Studiengängen, studentischen Leistungen und universitären Graden mit europaweiter Anerkennung gewährleisten. Das erleichtert die internationale Mobilität von Studierenden, Graduierten und Lehrenden. Angesichts der europäischen kulturellen Vielfalt ist nicht Uniformität, sondern transparente Vergleichbarkeit das Ziel. Das ist auch nur zu begrüßen. Gleiches gilt für die Entscheidung, dass es keine zentrale europäische Instanz, sondern nur die gegenseitige Anerkennung der jeweiligen nationalen Systeme für die Qualitätssicherung geben soll. Die Frage bleibt natürlich, welche Nachteile und Verluste damit im Verhältnis zu den bisherigen nationalen Hochschulsystemen verbunden sein können. Darauf ist auch noch einzugehen. Aber gerade angesichts der erst durch den Bologna-Pro-

zess entfachten erheblichen Aktivitäten zur Qualitätssicherung lässt sich jetzt schon sagen, dass diese Entwicklung nicht pauschal negativ beurteilt werden kann. Gegenteilige Einschätzungen beziehen sich vor allem auf das neue, kürzere BA-Studium. Aber der Bologna-Prozess greift viel weiter.

b) Neben der Umstrukturierung der bisherigen integrierten, längeren Studienprogramme (Magister, Diplom, Staatsexamen) in ein konsekutives Modell mit zwei Zyklen (BA und MA) von insgesamt fünf Jahren (mit Ausnahmen bei einzelnen Studiengängen wie Medizin und Fächern mit Staatsexamen) sowie einer anschließenden Promotionsphase von drei Jahren ist vor allem die Umorientierung von der bisherigen Lehr- zu einer künftigen Lernperspektive zu nennen. Dabei kommen die Studierenden mit ihren Lernleistungen (learning outcomes) und Kompetenzen (neben den akademischen auch soziale und sog. Schlüsselkompetenzen) und dem dafür nötigen Zeitaufwand in den Mittelpunkt, wobei sie ihr Studium anhand von Modulen flexibler als bisher selbständig gestalten können. Weiter zu nennen ist die Einführung eines Credit-Systems (orientiert am ECTS), und zwar nunmehr nicht nur zum Transfer, sondern auch zur Akkumulierung der Lernleistungen zum Studienerfolg, verbunden mit der Ausstellung eines diploma supplement zur näheren Erläuterung der erbrachten Leistung. Die gleichzeitig angestrebte Verbindung von akademischer Qualität und beruflicher Beschäftigungsfähigkeit kann allerdings bei dem kürzeren BA-Studium zu Problemen führen – insoweit neige ich auch zur Skepsis. Desgleichen kann durch dieses kürzere Studium die angestrebte Internationalität mit wenigstens einem Auslandssemester zu einem Problem werden.

Positiv zu erwähnen ist aber wiederum das Bemühen, vergleichbare Qualität durch Evaluierung und insbesondere Akkreditierung mit gegenseitiger, europaweiter Anerkennung zu gewährleisten; hier wäre es voreilig, nur eine Entwicklung „nach unten“ kommen zu sehen, etwa im Sinn einer Angleichung auf einem schlechteren gemeinsamen Nenner. Auch die Förderung der europäischen Dimension bei Studienprogrammen, insbesondere mit gemeinsamen Graden, fördert die Internationalität durch Studienerfahrungen in verschiedenen Hochschulsystemen, muss allerdings den dafür nötigen größeren Zeitaufwand berücksichtigen. Schließlich ist auch die vorgesehene Einführung strukturierter Promotionsstudien positiv zu beurteilen, insbesondere um die bisher vor allem in den Geistes- und Sozialwissenschaften überwiegend isolierte Einzelarbeit zu beenden. Eine neuere Untersuchung der EUA zur Umsetzung des Bologna-Prozesses in Europa („Trend IV: European Universities Implementing Bologna“) kommt zu dem Ergebnis, dass in den Universitäten auch diejenigen, die gegen einzelne Ziele dieses Prozesses Vorbehalte haben, dessen grundsätzlich positive Wirkung für überfällige Reformen, vor allem bei Inhalt, Organisation und Qualitätssicherung des Studiums, begrüßen.

Wer die Veränderungen durch den Bologna-Prozess vor allem negativ betrachtet,

ignoriert dabei die erheblichen Probleme und Schwächen der bisherigen Entwicklung. Überlastung bei Unterfinanzierung mit der Folge von Massenverhältnissen, vor allem in den Geistes- und Sozialwissenschaften, haben bei Lehre und Studium zu einer ungenügenden Betreuung und Förderung der Studierenden geführt und damit deren persönliche Entwicklungsmöglichkeiten vernachlässigt. Das gilt für bessere wie für schwächere Studierende, von denen eine große Zahl das Studium erfolglos abbricht. (Die Gründe und Ergebnisse der hohen Abbruchquoten sind allerdings differenziert zu beurteilen, weil nicht jeder Studienabbruch eine Fehlentwicklung bedeutet. Ein ernstes Problem bleibt aber, dass diese Entscheidung nicht früh genug erfolgt und dadurch beste Lebens- und Lernzeit vertan wird.) Außerdem sind die bisherigen Studiengänge überwiegend nur an einem Fach orientiert, während der Arbeitsmarkt längst übergreifende Qualifikationen und komplexe Kapazitäten benötigt, auch in Verbindung mit sog. Soft-Skills – Erfahrung in Projektarbeit, soziale Kompetenz, internationale Erfahrung und Kenntnisse in mehreren Fremdsprachen. Die insoweit nötigen Reformen und ebenso die Umorientierung von der bisherigen Lehr- zu einer Lernperspektive sind überfällig. Allerdings bleibt zu konstatieren, dass die bisher vielfach unzureichende Ordnung, Übersicht und Betreuung vor allem für die Hochschulen in den Ländern des westeuropäischen Kontinents und nicht für die russischen Hochschulen gilt, für die aber die anderen Anliegen des Bologna-Prozesses bedeutend bleiben.

c) Vor allem der BA-Studiengang macht Probleme, zumal wenn man ihn überwiegend wie in Deutschland auf drei Jahre konzentriert, obwohl der Bologna-Prozess insgesamt fünf Jahre für BA und MA vorgibt und damit mehr Zeit für das BA-Studium lässt. Selbst wenn man akzeptiert, dass die zeitliche Dauer der Studiengänge stärker konzentriert werden soll und die Curricula auch inhaltlich zu reformieren sind, so bleiben durchaus Vorbehalte gegen einen solchen vor allem auf Ausbildung bezogenen Studienabschnitt. Das liegt daran, dass der europäische BA nicht nur zu einer angemessenen akademischen Qualifikation, sondern auch zu einer hinreichenden Beschäftigungsfähigkeit führen soll. (Dem gegenüber zielen die für einen ersten akademischen Grad vorgesehenen Studiengänge in Großbritannien und vor allem in den USA auf eine allgemeine akademische Bildung.) Erschwerend kommt hinzu, dass es in einigen westeuropäischen Ländern, dabei auch in Deutschland, die Tendenz gibt, den unmittelbaren Übergang zum MA-Studium quantitativ stark zu begrenzen. Das ist ein Irrweg, weil nur eine qualitative Auswahl, aber nicht eine vorgegebene quantitative Begrenzung angemessen und berechtigt sein kann.

Von diesen Problemen des BA-Studiums ist zu unterscheiden, ob man die bisherigen längeren Studiengänge, vor allem das Diplom-Studium, in zwei Phasen unterteilt und dabei auch in der ersten Phase schon eine bessere Betreuung bietet; denn damit lassen sich höhere Abschlussquoten und mehr Flexibilität erreichen. Selbst wenn die meisten BA-Absolventen konsekutiv im selben Fach das MA-Studium aufnehmen wollen/können, so bleibt ihnen doch die Möglichkeit, zu-

nächst in die berufliche Praxis zu gehen oder auch für ein MA-Studium in ein anderes Fach zu wechseln. Selbst erstklassige Technische Universitäten in Westeuropa, die mit dem BA noch keineswegs einen hinreichende Beschäftigungsfähigkeit gewährleisten können und wollen, haben die Aufteilung in zwei konsekutive Phasen akzeptiert. Auch die Möglichkeit, dass die Studierenden Teile ihres Programms als „Module“ selbst kombinieren können, eröffnet ihnen mehr Flexibilität und gibt ihnen zugleich mehr Selbstverantwortung.

d) Bei diesen konsekutiven Studiengängen sollte man – wie bei allen komplizierten Neuerungen – differenzierte Lösungen zulassen und praktizieren, allerdings weniger national als fachlich bezogen. Unterschiede sind auch bisher schon vorgesehen, vor allem bei den Studiengängen mit Staatsexamen (Human- und Veterinärmedizin, Pharmazie, Rechtswissenschaft, Lehrerbildung), bei denen die universitäre Qualifikation und die staatlichen Eingangsvoraussetzungen für die spätere Berufstätigkeit zu koordinieren sind. Man sollte auch erlauben, dass erstklassige Universitäten in bestimmten Fächern nur einen einheitlichen MA, vergleichbar mit dem bisherigen fünfjährigen Diplomstudium, einführen, wobei der MA- und zugleich der Diplom-Titel verliehen werden könnte. In Großbritannien herrscht ohnehin eine gewachsene Vielfalt von kürzeren Studiengängen, die zum ersten akademischen Grad führen, ohne dass man dort an eine gleichförmige Harmonisierung im Sinne des Bologna-Prozesses denkt. Wenn man also mehr Flexibilität bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses zulässt, sind mehr Vorteile und Chancen als Gefahren und Nachteile zu erwarten. Diese Perspektive ist im Vergleich zu einer bürokratisch erzwungenen Harmonisierung mit drohenden Qualitätsverlusten zu bevorzugen und muss keineswegs das Anliegen transparenter vergleichbarer Strukturen konterkarieren.

Dabei sind vor allem die Berufsperspektiven der Studierenden zu berücksichtigen, denn Anerkennung und Bewertung des BA-Studiums sind auf dem Arbeitsmarkt noch keineswegs gewährleistet, führen aber in jedem Falle zunächst zu einer geringeren Bezahlung. Einige skandinavische Länder bieten deshalb diese neuen Studiengänge nur alternativ zu ihren bisherigen längeren Studiengängen an, was die staatlichen Regelungen in den meisten anderen europäischen Ländern nicht erlauben. Sarkastisch könnte man konstatieren, dass die Studierenden bei den neuen Studiengänge zu „Versuchskaninchen“ gemacht werden. Auf der anderen Seite führen grundlegende Veränderungen der bisherigen Strukturen immer auch zu Problemen, die man zwar berücksichtigen, an denen man aber nicht alles scheitern lassen muss. Entscheidend bleibt, ob das wesentliche Ziel als vorrangig zu beurteilen ist. Insoweit spricht nach meiner Auffassung viel mehr für den laufenden Reformprozess im Sinne eines gemeinsamen europäischen Hochschulraums, sofern die Umsetzung flexibel und offen genug gewährleistet wird.

Internationale Auswirkungen

a) Die Angleichung der Strukturen bei Lehre und Studium erleichtert mehr Austausch und Internationalität und kann damit einen brain drain zugunsten derjenigen Länder zur Folge haben, die neben einer guten Bildung und Ausbildung auch günstige Berufsperspektiven jedenfalls für die besten Studierenden und Absolventen bieten. Ein solcher Sog ist vor allem zu Gunsten der USA bekannt und geht auch zu Lasten von Europa, aber noch mehr zu Lasten vieler anderer Länder der Welt. Innerhalb des europäischen Kontinents gibt es bisher jedoch noch keine oder gar bewusst vorangetriebene entsprechende Tendenz. Aber auch hier stellt sich zweifellos dieses Problem wegen der deutlich unterschiedlichen Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse, insbesondere zwischen West- und Osteuropa.

Innerhalb der EU ist der freie Austausch nicht nur von Gütern und Produkten, sondern auch von Personen längst ein zwangsläufiges Gebot des gemeinsamen Marktes. Dazu gehört deshalb eine möglichst uneingeschränkte Mobilität. Das kann für alle beteiligten und betroffenen Länder schwierige Folgen mit sich bringen. Wenn die östlichen Länder einen brain drain zu ihren Lasten befürchten, so sind die westlichen Länder umgekehrt darüber besorgt, dass zu viele Personen aus den östlichen Ländern den Weg nach Westen suchen und die dortigen Bürger am Arbeitsmarkt verdrängen. So haben beide Seiten teils korrespondierende und teils gegensätzliche Interessen, die sich gegen eine uneingeschränkte Mobilität wenden.

b) Eine Abschottung des eigenen Landes gegen internationale Abwanderung wie Zuwanderung kann allenfalls kurzfristig im eigenen Interesse liegen und wird langfristig eher schädlich wirken. Auch aus Sicht der Länder, die einen brain drain zu ihren Lasten befürchten, bleibt zu bedenken, dass Studierende wie Wissenschaftler wegen der grundsätzlich gewährleisteten Reisefreiheit nicht daran zu hindern sind, Qualifikation und Berufstätigkeit in anderen Ländern zu suchen. Über Kontinentaleuropa hinaus sind Großbritannien, aber auch die USA und Kanada und schließlich Australien und Neuseeland für qualifizierte Einwanderer besonders attraktiv. Deshalb sollte man es eher noch als Vorteil ansehen, wenn Wissenschaftler und Studierende sich nur innerhalb des europäischen Hochschulraums bewegen; denn hier gibt es ein größeres gemeinsames kulturelles Erbe, das zugunsten der bleibenden Verbindung mit dem eigenen Land wirkt und eine spätere Rückkehr in das Heimatland näher legt. Vorrangige Aufgabe muss es allerdings sein, jeweils im eigenen Lande günstige Studien- und Berufsperspektiven zu sichern und wenigstens die Besten dort angemessen zu fördern und dadurch zu halten. Gleichzeitig sind aber internationale Erfahrungen durch Aufenthalte im Ausland für die fachliche und persönliche Qualifikation so wichtig, dass sich kein Land ohne größere Nachteile dagegen wehren kann und deshalb das Risiko von brain drain zeitweise in Kauf nehmen muss. Wichtig bleibt allerdings, dass jedes Land seine eigenen Interessen angemessen und deshalb

auch mit Rücksicht auf die Interessen der anderen Länder wahrnimmt. Dafür gibt es innerhalb von Kontinentaleuropa und erst recht im Rahmen der EU bessere Voraussetzungen als im Verhältnis zu anderen Teilen der Welt.

Als Beispiel sei erwähnt, dass das besondere Interesse von Studierenden und Wissenschaftlern aus den östlichen Beitrittsländern der EU wie aus Russland und anderen osteuropäischen Ländern an einen Aufenthalt in Deutschland dazu geführt hat, dass der DAAD neben den dafür bereit gestellten Stipendien inzwischen auch ein besonderes Programm für deutsche Studierende und Wissenschaftler zum Aufenthalt an Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen in den östlichen Ländern eröffnet hat („Go East“). Dieses Programm hat bereits zu einem großen Erfolg geführt. Ein wirklicher Austausch in beide Richtungen liegt auch im eigenen deutschen Interesse, weil längerfristig nur ausgeglichene Verhältnisse für beide Seiten vorteilhaft sind. Faire Partnerschaften mögen zunächst altruistisch erscheinen, wirken aber langfristig auch im jeweiligen eigenen Interesse.

Man sollte also die mit grundlegenden Veränderungen immer auch verbundenen Probleme und Gefahren nicht nur ängstlich als Bedrohung empfinden und allein darauf reagieren, sondern gleichzeitig mindestens ebenso die dabei eröffneten Chancen und positiven Perspektiven wahrnehmen. Dann stellt die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Hochschulraums im Zuge des Bologna-Prozesses eine große Herausforderung dar, der man sich stellen muss, um auch an den positiven Wirkungen teilzuhaben. Vielleicht können die deutschen Alumni der Lomonossow-Universität dazu beitragen, dass dort die Vorbehalte abnehmen und die Bereitschaft zur Mitwirkung wächst.